

- 1 **O-07**
2 **Antragsteller: UB Bonn**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Die SPD als Mitgliederpartei**
7
8 **Forderungen zur personellen Struktur der SPD:**
9
10 • Anteil von hauptamtlichen Mandats- und Funkti-
11 onsträger*innen in den Vorständen aller Parteigli-
12 derungsebenen auf maximal 50% begrenzen.
13 • Urwahl führender Parteiposten: Kanzlerkandi-
14 dat*in, Bundesparteivorsitzende*r und Landespar-
15 teivorsitzende*r.
16 • Falls keine Urwahl vorgesehen: Kein Wahlrecht qua
17 Amt für Vorstände bei der Bestimmung der nachfol-
18 genden Vorstandsmitglieder
19 • Delegation von Mandatsträger*innen nur nach
20 oben, d.h. keine MdB als Delegierte auf dem Bun-
21 desparteitag, keine MdL als Delegierte auf dem Lan-
22 desparteitag
23 • Bis zu einer gesetzlichen Verpflichtung: Einführung
24 eines Lobbyregisters für alle SPD Abgeordneten im
25 Europaparlament, Bundestag und Landtag
26 • Trennung von Fraktions-/Regierungsspitze und Par-
27 teispitze auf allen Ebenen der Partei
28 • Juso-Quoten für die Listen für Kommunal-, Land-
29 und Bundestagswahlen
30
31 **Forderungen zur programmatischen Willensbildung:**
32
33 • Neuorganisation des ordentlichen Parteitags:
34 – Abschaffung der Antragskommission
35 – Beratung der Anträge durch mit Delegierten
36 besetzten Ausschüsse
37 – Vorlage der Ursprungsfassung und der Ände-
38 rungsvorschläge dem gesamten Plenum
39 – Bei Widerspruch, Abstimmung über die Al-
40 ternativen
41 • Einrichtung einer Online Beteiligungsplattform, die
42 die folgenden Möglichkeiten den Mitgliedern und
43 Gliederungen bietet:
44 – Übersicht von Veranstaltungen filterbar
45 nach Ort, Zeit und Thema
46 – Vernetzung von Gliederungen mit Mitglie-
47 dern, aber auch unter einander
48 – Die selbstbestimmte Mitgliedschaft in E-
49 Mail Verteilern
50 – Veröffentlichung Zusammenfassun-
51 gen(Protokoll – Light) von Parteisitzungen
52 – Aufzeichnungen von Sitzungen den Mitglie-
53 dern zur Verfügung zu stellen
54 – Veröffentlichung von Positionspapieren und
55 das Pflegen einer eigenen persönlichen the-
56 matischen Profilierung
57 – Eine Diskussionsplattform die den Aus-
58 tausch und die Arbeit an gemeinsamen
59 Anträgen ermöglicht

**Empfehlung der Antragskommission:
Überweisung**

Ablehnung Zeilen 8-40

Überweisung der Zeilen 41-59 in die Arbeitsgruppe Digi-
tale Partei des Landesvorstandes

60

61 **Begründung**

62 Die Kommunikation zwischen Menschen wurde in den
63 letzten 15 Jahren revolutioniert. Jeder Mensch kann sich
64 heute unabhängig des Ortes mit anderen ohne Zeitver-
65 zögerung austauschen und vernetzen. Wenn die SPD als
66 politische Kraft, die seit mehr als 150 Jahren die Bedürf-
67 nisse aller Menschen aufnimmt und die Gesellschaft
68 zum Besseren verändert, nicht auf diesen radikalen Um-
69 bruch reagiert, verliert sie ihren Anspruch, die Stimme
70 aller zu sein, die nicht durch ihre Geburt oder gesell-
71 schaftliche Stellung politischen Einfluss besitzen. Denn
72 unser politischer Gegner, den wir meinten, im letzten
73 Jahrhundert überwunden zu haben, ist wieder auf dem
74 Vormarsch. Dessen einfache Antworten, dass Minder-
75 heiten, Andersdenkende und politisch nicht genehme
76 Verantwortungsträger die Probleme der Menschen ver-
77 ursachen, sind wie gemacht für den digitalen Raum, da
78 in diesem die Verbreitung am besten plakativ funktio-
79 niert und Widerspruch oder Zustimmung von Algorith-
80 men und Bots produziert wird.

81

82 Der politische Wettbewerb kann von einer demokrati-
83 schen Partei, die differenzierte und gute Lösungen an-
84 bieten möchte, nicht mit den selben Waffen bestritten
85 werden, mit denen der politische Gegner auf das demo-
86 kratische System zielt. Wenn wir als Partei denken, die-
87 se Kommunikationsrevolution ausschließlich durch das
88 Agieren in Kommentarspalten von Facebook, Youtube,
89 Instagram oder Twitter für uns entscheiden zu kön-
90 nen, dann zeigt das sehr anschaulich und traurig, dass
91 wir als Partei lediglich die Symptome dieser veränder-
92 ten Kommunikation erkennen und angehen. In keinsten
93 Weise scheinen wir den radikalen Umbruch der politi-
94 schen Kommunikation und damit auch der politischen
95 Willensbildung verstanden zu haben. Der Top-Down-
96 Ansatz funktioniert beim Agendasetting in Debatten
97 nicht mehr. Es gibt keine einzelnen zentralen Leitme-
98 dien mehr, in denen die verschiedenen politischen Po-
99 sitionen verschiedener Parteien gegenübergestellt wer-
100 den.

101

102 Die Antwort auf diese Veränderung kann also nur der
103 Schritt nach vorne sein. Wir müssen hin zu einer Par-
104 tei, in der jedes Mitglied das Gefühl hat, dass die Posi-
105 tionen und das Personal Produkt der eigenen Anstren-
106 gungen, Abstimmungen und des eigenen programma-
107 tischen Engagement sind. Wir müssen die Kluft zwi-
108 schen Basis und Spitze überwinden und ein neues ge-
109 meinsames solidarisches Wir-Gefühl in der Partei schaf-
110 fen. Die Forderungen in diesem Antrag sind hierfür kein
111 abschließendes Rezept. Sie sind vielmehr erste Schritte,
112 die einen Weg zu einer starken solidarischen Gemein-
113 schaft aufzeigen. Dies ist umso wichtiger in Zeiten, in
114 denen Menschen sich mehr und mehr in kommunikativen
115 Kapseln abgrenzen.

116

117 Ein erster Schritt, um diese Kluft zu überwinden ist ei-

118 ne Umstrukturierung der bisherigen personellen Orga-
119 nisation der Partei und eine Diversifizierung der Gremi-
120 en:

121
122 Die Möglichkeiten einfacher Basismitglieder, in unse-
123 rer Partei in den Gremien und Vorständen der verschie-
124 denen Gliederungen und Ebenen mitzuwirken, stellen
125 sich vor dem Hintergrund unserer Strukturen häufig
126 als schwierig dar. Um unsere Mitglieder innerhalb der
127 Partei stärker zu beteiligen und auch personell einzu-
128 binden, fordern wir, den Anteil von hauptamtlichen
129 Mandats- und Funktionsträger*innen in den Vorstän-
130 den aller Parteigliederungsebenen auf 80% zu begren-
131 zen. Dadurch soll auch ehrenamtlich engagierten Mit-
132 gliedern die Möglichkeit eröffnet werden, auf allen Ebe-
133 nen unserer Partei aktiv zu werden und gleichzeitig das
134 Gefühl der eigenen Wirksamkeit in unserer Partei er-
135 höht werden.

136
137 Eng damit verbunden ist die Forderung, Urwahlen
138 für Kanzlerkandidat*in sowie Parteivorsitzende*n ein-
139 zuführen. Eine Urwahl würde über die direkte Beteili-
140 gung der Basis Richtungsentscheidungen als Entschei-
141 dungen der gesamten Partei vorsehen. Darüber hinaus
142 würde dies zu stärkeren Diskursen innerhalb unserer
143 Partei und somit zu besseren Resultaten führen.

144
145 Dort wo keine direkte Basislegitimation vorgesehen
146 ist, soll es aber ein stärkeres Mitspracherecht der De-
147 legierten aus den Untergliederungen geben. Deshalb
148 fordern wir kein Wahlrecht für Vorstände bei der Be-
149 stimmung der nachfolgenden Vorstandsmitglieder. Da
150 aber nicht nur bei der Bestimmung von Personal stärker
151 das ur-linke Ideal der Mitbestimmung gefördert wer-
152 den soll, wollen wir mit einer „Delegierung von unten
153 nach oben“ die SPD hin zu einer Mitgliederpartei er-
154 neuern. Im Sinne einer Basisdemokratie sollten unsere
155 Mandatsträger*innen durch inhaltliche Beschlüsse der
156 Partei-Basis in ihrem politischen Handeln angewiesen
157 werden. Dies umfasst, dass die Basis auch auf den Par-
158 teitagen stärker vertreten ist und Mandatsträger*innen
159 nur beratende aber keine entscheidenden Funktionen
160 auf Parteitagen übernehmen. Damit stärkere Transpa-
161 renz bei der Umsetzung unserer Programmatik und ge-
162 genüber den Wähler*innen erreicht wird, soll die SPD
163 bis zur gesetzlichen Verpflichtung ein Lobbyregister ein-
164 führen. Dies wird dazu führen dass sich alle Mandatsträ-
165 ger*innen verpflichtet fühlen, diese eigene Forderung
166 vorzuleben.

167
168 Um grundsätzlich die Partei stärker als wichtiges Ele-
169 ment im Verhältnis zu den in der Verantwortung ste-
170 henden Mandatsträger*innen zu begreifen, fordern wir
171 die Parteispitze grundsätzlich von der Fraktionsspitze zu
172 trennen. Dadurch soll es unserer Partei möglich werden,
173 in den politischen Debatten unser „Rot pur“ einzubrin-
174 gen.

175

176 Neben der Bestimmung von Personal ist es allerdings
177 auch an der Zeit, endlich eine Möglichkeit der program-
178 matischen Vernetzung und Mitbestimmung der Basis
179 zu schaffen. Mit den heutigen Möglichkeiten ist es ein-
180 fach nicht zu vermitteln, warum es innerhalb der SPD
181 keine Möglichkeit gibt, die beschlossenen Anträge an-
182 derer Gliederungen in einem Antragssystem nachzu-
183 schauen und sich so programmatisch zu vernetzen. Bis-
184 her gibt es kein Überblick darüber, welche Forderun-
185 gen Beschlusslage sind und welche schon einmal abge-
186 lehnt wurden. Mit den geforderten Eigenschaften eines
187 solchen Antragssystems wäre es endlich möglich, die
188 programmatische Vielfalt innerhalb der SPD abzubilden
189 und das individuelle Wissen der Mitglieder in die Partei
190 einzuspeisen. Das größte politische Kapital der Partei ist
191 die Anzahl und die gesellschaftliche Diversität der Mit-
192 glieder. Bleibt dies ungenutzt, verspielen wir jeglichen
193 Vorteil, den wir gegenüber anderen Parteien haben. Um
194 diese eingespeisten Inhalte zu verwerten bedarf es aber
195 auch einer anderen programmatischen Entscheidungs-
196 findung als der bisherigen. Durch die von uns geforderte
197 Umstrukturierung des Bundesparteitags kann die pro-
198 grammatische Ausrichtung der Partei Ergebnis einer of-
199 fenen Debatte und somit Konsens der großen Mehrheit
200 der Partei sein.

201
202 Abschließend bleibt noch die Schaffung einer wirk-
203 lichen digitalen Teilnahme am Parteileben sowie die
204 niedrighschwellige Möglichkeit für Gliederungen, ihre
205 Arbeit den Mitgliedern transparent und erreichbar zu
206 machen. So können wir viele Menschen, die beruf-
207 lich oder familiär bedingt nicht in den gewohnten Par-
208 teistrukturen eingebunden werden können, erreichen.
209 Darüber hinaus kann hiermit auch eine stärkere überre-
210 gionale programmatische Vernetzung stattfinden und
211 so Nischenwissen miteinander verbunden und zu Fach-
212 expertise ausgebaut werden.

213
214 Durch Transparenz und stärkerer Mitbestimmung in der
215 programmatischen Willensbildung werden wir unsere
216 Inhalte wieder stärker an die Mitglieder herantragen
217 und sie diesen präsent machen. Damit würden wir ei-
218 ne Partei schaffen, die allen Mitgliedern die program-
219 matischen Ziele vor Augen hält und diese durch einen
220 gemeinsam bestimmten Weg in einer starken Gemein-
221 schaft erreicht